

16.36

Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic (Grüne, Wien): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Zwölf Monate Türkis-Blau: Es tut mir fast leid, dass ich hier nicht auf alle Details eingehen kann, sondern nur die Kurzfassung überbleibt, nämlich dass die ÖVP Politik für die Konzerne und ihre Klientel macht und die FPÖ Symbolpolitik auf allen Ebenen. Dieses Symbole-Gesetz ist sehr symbolisch dafür, wie Sie Politik machen und wie Sie Ihre Politik auch argumentieren.

Wir werden diesem Gesetz nicht zustimmen, und ich kann Ihnen auch gut erklären, wieso. In aller Kürze: Der Kollege hat es schon gesagt, die Auflistung ist vollkommen willkürlich. Und weiters: Sie ist auch eine Gefahr. Sie ist eine Gefahr für die Meinungsfreiheit, und zwar dann, wenn es eine willkürliche Auslegung dieses Gesetzes gibt.

Starke Demokratien – da werden Sie mir recht geben – sind, was die Meinungsfreiheit anbelangt, sehr weit gefasst in dem, was sie zulassen und was sie verbieten. Weniger gefestigte Demokratien haben mit Meinungsdelikten – wie mit dem beispielsweise in Österreich, auch das wurde schon erwähnt, 1947 beschlossenen Verbotsgesetz und dem damit in Zusammenhang stehenden Abzeichengesetz von 1960 – versucht, Abhilfe zu schaffen.

2015 – auch das war schon Thema – kam das Symbole-Gesetz hinzu, das wiederum Symbole der terroristischen, dschihadistischen Organisationen Islamischer Staat und Al Kaida unter Strafe stellte. Schon damals gab es Diskussionen darüber, ob das nicht einen Tabubruch darstellt und ob das nicht Tür und Tor dafür öffnet, dass es eben in Folge weitere willkürliche Verbote gibt.

Man könnte jedoch bei dem Gesetz von 2015 argumentieren, dass es sich bei den beiden um aktive Terrororganisationen handelt, die auch für Europa insofern wichtig sind, als dass es Anschläge seitens dieser in Europa gibt und sie natürlich auch eine Sicherheitsbedrohung für uns alle darstellen. Dagegen ist das jetzige Symbole-Gesetz deshalb willkürlich, weil es diese Sicherheitsbedrohung so, wie Sie sie herbeizutieren, hier in Österreich nicht gibt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wie gesagt, es fehlt auch jegliche inhaltliche Begründung. Vollständig ist es auch nicht. Ich kann nur wiederholen: Deutschnationale rechtsextreme Symbole fehlen genauso wie die Symbole der Identitären – das finde ich ja fast schon amüsant, dass Sie sie mit dem Symbol der Homosexuellenvereinigungen vergleichen –, der Reichsbürger, aber natürlich auch jene serbischer oder russischer Rechtsextremer – die auch ihre Sym-

bole haben, von denen wir aber wissen, dass die FPÖ gute Verbindungen zu ihnen pflegt. Die wurden allesamt ausgespart.

Ich kann es nur wiederholen: Die FPÖ macht nicht nur Symbolpolitik, sondern auch Symbolgesetze.

Wir haben schon gehört, wen das betrifft: Die Muslimbruderschaft, die Grauen Wölfe – auch da waren wir Grüne immer sehr aktiv im Hinweisen darauf, wie wichtig es ist, den Grauen Wölfen in Österreich Einhalt zu gebieten –, die kroatische Ustascha, die libanesisch-islamische Hisbollah, die Hamas, aber auch die Arbeiterpartei Kurdistans PKK, wobei Sie mir auch recht geben werden, dass, wenn es um die Bekämpfung des IS ging, die PKK nicht gegen uns alle gearbeitet hat, sondern womöglich auch noch als Verbündete gelten könnte.

Explizit eingeschlossen wurden in den Gesetzestext – und das ist auch sehr symbolträchtig – Handgesten. Sie wissen, das beispielsweise bei der PKK verbreitete Victoryzeichen kann natürlich sehr schnell irgendwo auftauchen, und ich habe wirklich Angst davor, wie Sie da klare Kriterien aufstellen werden, wann dieses Verbot tatsächlich exekutiert werden wird und in welchem Ausmaß.

Ich halte es grundsätzlich für naiv, wenn man glaubt, mit diesen Symbolverboten tatsächlich ein wirksames Mittel gegen Ethnonationalismen oder irgendwelche Formen des politischen Islam gefunden zu haben. Keine – ich wiederhole: keine – dieser genannten Gruppen stellt, zumindest aktuell und konkret, eine Bedrohung für die Sicherheit in Österreich dar. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Innenminister Kickl (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth*) – Sie waren schon am Wort – sieht das natürlich vollkommen anders. Er hat in der Nationalratssitzung hervorgehoben, dass die Liste von Extremismusexperten und -expertinnen des Verfassungsschutzes ausgearbeitet worden ist. Ich darf Sie an die BVT-Affäre erinnern und auch daran, dass es grobe Vorwürfe gegen die bisherige Rechtsextremismusreferentin gegeben hat. (*Zwischenruf des Bundesrates Schuster.*) Ich denke, man muss auch genauer hinschauen, wer sich tatsächlich an der Ausarbeitung dieser Liste beteiligt hat. – Das ist das eine.

Er hat auch gemeint, dass genau jene Organisationen, die das Symbole-Gesetz jetzt umfasst, eine reale, konkrete Sicherheitsbedrohung für Österreich darstellen. – Da freue ich mich über konkrete Beispiele.

Wenn man genauer hinschaut, wird offensichtlich, dass Sie zumindest nicht genau gearbeitet haben, da doch beispielsweise die Symbolik der ägyptischen Muslimbruder-

schaft, die in Österreich überhaupt keine Rolle spielt, verboten wird (*Zwischenruf des Bundesrates Schuster*), während beispielsweise die bekannte türkische Millî Görüş, die uns in Österreich immer wieder beschäftigt hat, überhaupt nicht davon erfasst wird. So viel zur Vollständigkeit und auch dem Ernstnehmen Ihrer Symbolpolitik.

Jedenfalls denke ich, dass diese verschiedenen Richtungen, die bewusst in diese Liste aufgenommen worden sind, auch dazu gedient haben, um einem gewissen Widerstand gegen dieses Gesetz den Wind aus den Segeln zu nehmen, weil – ich nenne das Wort sehr bewusst – ich denke, dass dieses Gesetz ein Versuchsballon ist. Es ist deshalb ein Versuchsballon – und Innenminister Kickl hat das schon angedeutet –, weil es in Zukunft auch weitreichender ausgelegt werden kann, und zwar auch noch willkürlicher.

Einen autoritären Staat zu konstruieren, gelingt dann, wenn man möglichst viel rundherum verbietet. Zu relativieren, was bisher verboten ist, gelingt dann, wenn man nämlich andere Richtungen auch noch mitaufnimmt. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – Ja, ich weiß, das ist ein bisschen differenzierter und deswegen für Sie nicht so leicht nachzuvollziehen. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Stögmüller.*)

Ich fasse das nochmals zusammen: Tatsächlich geht es darum, dass das bestehende Verbot nationalsozialistischer Symbole insofern relativiert wird, als dass immer mehr andere Symbole hinzukommen. Ich vermute, dass Sie damit nicht nur relativieren wollen, sondern dass Sie genau dieses Verbotsgesetz auch noch ins Lächerliche ziehen möchten. (*Bundesrat Steiner: Und das sagt die Frau vom ...! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vielleicht haben sich einige von Ihnen die Mühe gemacht, tatsächlich die eingelangten Stellungnahmen zu lesen. Eine ist für mich schon einer Beachtung wert, und zwar jene der Kinder- und Jugendanwaltschaft Österreichs. Sie wissen, die waren Gründungsmitglied des Bundesweiten Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung. Am 23. Oktober 2018 wurde beim Präventionstreffen die diesbezügliche österreichische Strategie vorgestellt. Auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft Österreichs warnt vor diesem Gesetz.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft beschäftigt sich nicht nur mit Prävention und Deradikalisierung, sondern weist explizit darauf hin, dass genau solche symbolischen Verbotsgesetze, die hier geschaffen werden, dazu führen, dass man Jugendliche nicht abholt, sondern womöglich diejenigen, „die eventuell nur provozieren und auffallen wollen“, lediglich kriminalisiert.

Alles in allem kann ich Ihnen nur sagen, dass es wirklich wie eine gefährliche Drohung klingt, wenn im Nationalrat FPÖ-Abgeordnete darauf verweisen, dass es sich hierbei

natürlich um Symbolpolitik handelt, aber auf der anderen Seite eine Verordnungsermächtigung ermöglicht wird, die dem Innenminister dazu dienen soll, flexibel auf neue Symbole zu reagieren. Wie das ausgelegt wird, darauf können wir gespannt sein.

Falls Sie heute Nachrichten gelesen haben, wissen Sie, der ORF hat berichtet: In Ungarn ist jetzt eine Liste von 200 Personen aufgetaucht. Soros wird wieder für die Demos vor Ort verantwortlich gemacht. Anton Pelinka, ein österreichischer Wissenschaftler, taucht auf dieser Liste auf. (*Bundesrat **Steiner**: Wissenschaftler, na ja!*)

Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass, wenn rechtsautoritäre Regierungen die Rechtsstaatlichkeit aushöhlen und Gesetze initiieren und beschließen, die willkürlich ausgelegt werden können, es in diesem Staat gefährlich wird. Das trägt nicht dazu bei, dass wir in Österreich sicherer leben, sondern im Gegenteil: Man muss sich wirklich vor Ihnen fürchten. – Vielen Dank. (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der FPÖ: ... auswandern nach Polen!*)

16.47

Vizepräsident Ewald Lindinger: Zu einer *tatsächlichen Berichtigung* hat sich Herr Bundesrat Günther Novak zu Wort gemeldet. – Bitte.